

## I. Die wirthschaftliche Crichinose seit Emancipation der Juden.

Die doktrinäre Humanität und der angefränkelte Kosmopolitismus hatte 1847 gegen den von der preußischen Regierung dem vereinigten Landtage vorgelegten Gesetzentwurfe über die Emancipation der Juden den Sieg davon getragen. Die Majorität des Landtages befürwortete die Emancipation, während die preußischen Minister sich auf den Standpunkt des christlichen Staates stellten und ihren Entwurf nicht allein vertheidigten sondern ihre Bedenken mit Rücksicht auf die dem deutschen Wesen feindlichen Raceeigen thümlichkeiten der Juden freimüthig hinwiesen und eine Verschmelzung mit der Bevölkerung für unmöglich hielten. — Der Gesetzentwurf ging von dieser Annahme aus, wollte die Juden von den übrigen Staatsangehörigen absondern, in Corporationen vereinigen und deren Vorstände mit einer bestimmten Autorität bekleiden. Uebrigens gewährte, weil die Regierung sich 1812 schon durch Erlaß des Edictes die Hände gebunden hatte, der Entwurf den Juden viele Freiheiten für Erwerb und Verkehr, Freizügigkeit u. s. w., weit über das Bedürfniß hinaus.

Während nun die Herren-Curie in der Majorität den Regierungsstandpunkt vertrat und die Lehre vom christlichen Staate acceptirte, näherte sich die Stände-Curie der Ansicht der Emancipation. — Der Entwurf ließ Juden zu Staatsämtern nur insoweit zu, als sie durch Dienst im Heere Civilversorgungsansprüche erworben und mit der Beamtenstelle, die sie bekleiden sollten, keine obrigkeitliche Autorität verbunden sei. Ebenso sollte es bei Gemeindeämtern gehalten werden. Im akademischen Lehrfache sollte ihnen die Lehrthätigkeit, soweit sie nicht an das christliche Bekenntniß geknüpft ist, gestattet werden; also in der Mathematik, Naturwissenschaft und Medizin.

Mit 220 gegen 215 Stimmen gestattete die Stände-Curie den Juden Zulassung zu allen Staatsämtern mit Ausschluß derer des Cultus und Unterrichts verknüpften; mit 254 gegen 212 Stimmen die Zulassung zu Gemeindeämtern.

Trotzdem die Denkschrift der Regierung daran erinnerte, daß die christliche akademische Jugend ein Recht hätte, Professoren zu hören, deren